

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

157

I. Ausgabe.

Wien, am 17. Mai 1934.

Die feierliche Angehörung der Räte der Stadt Wien.

Erste Sitzung der Wiener Bürgerschaft.

Heute trat im grossen Sitzungssaal des Wiener Rathauses vor dichtgefüllten Galerien die erste österreichische Volksvertretung, die nach den in der neuen Verfassung enthaltenen berufständischen Grundsätzen gebildet worden ist, die Wiener Bürgerschaft, zur ersten Sitzung zusammen. Auf der Mittelgalerie hatte auch Bundeskanzler Dr. Dollfuß neben Frau Josefine Schmitz und Frau Kresse Platz genommen. Die Räte der Stadt Wien waren in Festkleidung erschienen.

Einige Minuten nach halb 11 Uhr betrat Bürgermeister Schmitz mit den Vizebürgermeistern und Magistratsdirektor Dr. Hiesmaseder den Saal. Der Bürgermeister und die Vizebürgermeister trugen die Bürgermeisterkette über den Frack.

Bürgermeister Richard Schmitz eröffnete die Sitzung mit folgender Ansprache:

"Ich eröffne die erste Sitzung der Wiener Bürgerschaft, an der 60 Mitglieder teilnehmen, vier sind am Erscheinen verhindert. Bevor wir in die Erledigung der Tagesordnung eingehen, habe ich Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, auf die rechtliche Stellung, die der Wiener Bürgerschaft und den einzelnen Räten zukommt, aufmerksam zu machen. Die Wiener Bürgerschaft ist zur Mitwirkung an der Selbstverwaltung der Stadt berufen und gemäss der berufsständischen Gliederung der Bevölkerung gebildet. Ihre Zusammensetzung ist unter der massgebenden Mitwirkung der Vaterländischen Front erfolgt. In dieser Stunde, verhältnismässig kurze Zeit nach den schweren Kämpfen des Monats Februar, müssen wir auch der Wehrverbände gedenken und werden auch in Zukunft ihrer gedenken. In Dankbarkeit gedenken wir der Opfer (die Räte erheben sich von den Sitzen), welche die Wehrverbände bei der Befreiung Wiens gebracht haben, insbesondere jener, die der Rasen deckt, die ihr Leben für die Freiheit ^{Wiens und} Oesterreichs hingegeben haben.

Die Wiener Bürgerschaft hat die Verpflichtung, die Ehre und das Ansehen der Stadt sowie ihren christlichen deutschen Charakter zu wahren, der allgemeinen Wohlfahrt zu dienen, die Interessen der Stadt zu schützen und für ihre Befriedigung durch gesetzliche Mittel mitzuwirken. Im Rahmen dieser allgemeinen Richtlinien hat die Wiener Bürgerschaft nach der Stadtordnung insbesondere an der wirtschaftlichen Verwaltung der Stadt mitzuwirken. So obliegt es ihr, Voranschlag und Rechnungsabschluss für die Stadtverwaltung, die Wirtschaftspläne und Bilanzen der städtischen Unternehmungen zu genehmigen. Sie hat ferner in **besonders** wichtigen, in der Stadtordnung aufgezählten wirtschaftlichen Angelegenheiten zu beschliessen. Andere wirtschaftliche Angelegenheiten sind dem Haushalt- sausschuss der Wiener Bürgerschaft zur Beschlussfassung übertragen.

Für den Bereich der städtischen Unternehmungen kommt der Wiener Bürgerschaft die Beschlussfassung zu, ob eine Unternehmung zu errichten oder aufzulassen sei und welche Grundsätze für die Erstellung der Tarife zu gelten haben. Die Wiener Bürgerschaft hat auch zu bestimmen, welche Verwaltungszweige als Betriebe im Sinne der Stadtordnung zu organisieren sind. Durch den Heimatrechtsausschuss hat sie über Ansuchen um freiwillige Aufnahme oder um Zusicherung der freiwilligen Aufnahme in den Heimatverband zu entscheiden. Nach Inkrafttretung der Bestimmungen der Verfassung des Bundesstaates Oesterreich wird die Wiener Bürgerschaft auch an der Gesetzgebung der bundesunmittelbaren Stadt Wien mitzuwirken haben.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

II.

Wien, am.....

Die Mitglieder der Wiener Bürgerschaft führen den Titel "Rat der Stadt Wien". Ihre Pflichten sind in dem Gelöbnis zusammengefasst, das sie abzulegen haben. Darnach sind sie verpflichtet, vor allem dem österreichischen Vaterland jederzeit unbedingte Treue zu bewahren, ferner für die Ehre und das Ansehen der Stadt, für die allgemeine Wohlfahrt, für Freiheit und Gerechtigkeit alle Zeit einzutreten, den Bürgermeister in der Ausübung seines Amtes nach Kräften zu unterstützen, ihm als Oberhaupt der Stadt mit gebührender Achtung zu begegnen, die Aufgaben eines Mitgliedes der Wiener Bürgerschaft mit voller Hingebung und Selbstlosigkeit zu besorgen, die auferlegte Pflicht zur Verschwiegenheit zu erfüllen und die Stadtordnung getreulich zu beobachten.

An den Sitzungen der Bürgerschaft, der Ausschüsse und Kommissionen, in die sie entsendet sind, haben die Räte der Stadt Wien teilzunehmen. Die Sitzungen sind mit Ausnahme jener, in denen Voranschlag und Rechnungsabschluss verhandelt werden, nicht öffentlich. Die Mitglieder sind daher zur Verschwiegenheit über die Verhandlungen der nichtöffentlichen Sitzungen verpflichtet. Die Verschwiegenheitspflicht gilt ebenso für die Verhandlungen in den Ausschüssen und Kommissionen, die vertraulich sind. Die Räte der Stadt Wien haben im Rahmen der Bestimmungen der Geschäftsordnung das Recht, sich an den Verhandlungen zu beteiligen, Anfragen an den Bürgermeister zu richten und Anträge in Angelegenheiten der Stadtverwaltung einzubringen."

Auf Einladung des Bürgermeisters begab sich nun Rat Engelbrecht auf die Estrade zum Schriftführersitz und verlas die Gelöbnisformel, die nach Namensaufruf von jedem Mitglied der Wiener Bürgerschaft mit den Worten "Ich gelobe, so wahr mir Gott helfe!" bekräftigt wurde.

Nun erfolgten die Wahlen. Zu Schriftführern wurden gewählt: Ingenieur Elsinger, Begle, Engelbrecht und Ingenieur Hofbauer. In den Heimatrechtsausschuss wurden entsendet: Strohmayer, Wetjen, Dr. Ehrlich, Uebelhör, Krejczy, Heissler, Bauer, Dr. Herbert, Holaubek, Walla, Dr. Holomek, Sigl, Dr. Woiland, Hummel und Dr. Kemptoner; in den Haushalt - ausschuss: Dr. Motzko, Gräf, Ingenieur Potravie, Ingenieur Frisch, Lenhart, Swittalok, Waldaam, Langer, Diestler, Rechberger, Ingenieur Dr. Hongl, Dr. Schwarz, Dr. Foglar-Deinhartstein, Ingenieur Herrmann und Seifert.

Bürgermeister Schmitz hielt hierauf folgende Schlussansprache:

Mit dieser Sitzung haben wir die neue Stadtvertretung der Bundeshauptstadt Wien zur Arbeit bereitgestellt und mit den Einrichtungen versehen, deren sie bedarf, um ihren Aufgaben, die gerade in der allernächsten Zeit von besonderer Bedeutung sind, gerecht zu werden. Meine Frauen und Herren Kollegen, die ich nun auf das herzlichste als Räte der Stadt Wien begrüße, ich bitte Sie, überzeugt zu sein, dass der Bürgermeister und seine Mitarbeiter, die Herren Vizebürgermeister, von dem gleichen Wunsch besetzt sind wie Sie alle, unsere besten Kräfte einzusetzen, damit unserer geliebten Stadt Wien eine Zeit neuen Aufschwunges und neuer Blüte gegeben werden kann. Wir sind durch das ehrene Band der gemeinsamen Verantwortung zusammengeschweisst. Wir sind die erste Körperschaft, die den Grundsätzen entspricht, welche die neue Verfassung des Bundesstaates Oesterreich vorschreibt. Wir sind daher ein Beispiel für Oesterreich, und ohne Übertreibung darf ich hinzufügen, dass wir ein Beispiel auch für andere Staaten sind, für manche Staaten, in denen die Problematik der politischen Organisation des öffentlichen Lebens dringend der Lösung bedarf. Viel mehr als sonst üblich gewesen ist, richtet sich in diesen Tagen

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am.....

III.

die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf die Tätigkeit der Wiener Bürgerschaft. Das erschwert und verstärkt die Verantwortung, die wir alle ausnahmslos auf unseren Schultern lasten fühlen. Die Wiener Bürgerschaft ist eine neuartige Körperschaft, wie sie in dieser Zusammensetzung in unserem Vaterlande seit Menschengedenken nicht bekannt war, eine Körperschaft, deren Mitglieder nicht aus Parteikämpfen hervorgegangen sind, auch nicht eine Interessenvertretung in dem üblichen Sinne; ihre Mitglieder haben vielmehr eine über die nächsten, eigenen Interessen hinausreichende Verantwortung und die Pflicht, an der Erfüllung der dieser Körperschaft gestellten Aufgaben einträchtig mitzuwirken. Die Stadt Wien gibt Ihnen den schönen Namen "Rat der Stadt Wien". Das hat einen tiefen Sinn. Sie sollen die Räte sein bei der Führung der Stadt Wien, sie sollen Ihr Wissen, Ihre Erfahrung und die ganze Kraft Ihres Charakters dafür einsetzen, dass es in diesem Saale künftighin nur mehr zu gelten hat: sachliche Beratung und Liebe zum Vaterland und zur Heimatstadt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen). Diese Liebe beseelt uns alle und es gibt wohl unter uns keinen, der in dieser Frage eine Sonderstellung einnehmen wollte.

In diesem Augenblicke ziemt es sich auch zu sagen, dass wir mit tiefster Dankbarkeit und begeisterter Treue an dem Manne hängen, dem wir es verdanken, dass ein neues Wien und ein neues Oesterreich geworden ist. (Stürmischer Beifall). So bringe ich in Ihrer aller Namen dem Führer unseres Vaterlandes Bundeskanzler Dr. Dollfuß unsere Huldigung dar. (Neuerlicher stürmischer Beifall). Wie er unermüdet und seine eigene Gesundheit nicht schonend, der Lebensgefahr nicht achtend, seine ganze Kraft für das Vaterland einsetzt, wollen wir uns alle gegenseitig versprechen und geloben, desgleichen zu tun, alle anderen Rücksichten zurückzustellen und nur eines im Auge zu behalten: Das Wohl der Stadt Wien und Oesterreichs. Diese Gesinnung und dieses Gefühl wollen wir ausströmen lassen, indem wir unsere Stimme vereinen in dem Rufe: Heil Wien, Heil Oesterreich!

Die Räte hatten sich von den Sitzen erhoben und stimmten begeistert dreimal in diesen Ruf ein.

Mit der Huldigung an den Kanzler, an Oesterreich und Wien ist die erste Sitzung der Wiener Bürgerschaft beendet.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

157

II. Ausgabe.

Wien, am 17. Mai 1934.

60 Millionen Schilling für die Wiener Wirtschaft.

Die Gemeinde Wien bereitet ein Investitionsprogramm von 60 Millionen Schilling vor, zu dem noch sehr ansehnliche Leistungen des Bundes hinzutreten.

Die neue Wiener Stadtverwaltung unter Bürgermeister Richard Schmitz führt sich in glücklichster Weise durch Schaffung eines stattlichen Investitionsprogrammes ein. Der Wiener Bevölkerung soll im grossen Umfange Gelegenheit zur Arbeit und zum Verdienste geboten werden. Wahrhaftig eine glückliche Massnahme, die wie eine Befreiung wirken muss, lastet doch die Sorge um Arbeit und Verdienst auf weiten Schichten unserer Bevölkerung. Nichts ist so geeignet, den Menschen wieder zufrieden zu machen, wie die Schaffung einer Möglichkeit, aus eigener Kraft für sich und seine Lieben zu sorgen.

Mannigfaltig sind die Arbeiten, die Bürgermeister Schmitz der Wiener Bürgerschaft vorschlägt. Sie sind nicht nur so geartet, dass sie in jeder Beziehung nützlich sind, sondern sie nehmen auch Rücksicht auf die Bedürfnisse unserer gesamten Wirtschaft. Es werden ebensowohl Industriebetriebe und leistungsfähige Bauunternehmungen beschäftigt werden können, als auch das grosse Heer der nach Tausenden zählenden mittleren und kleineren Gewerbetreibenden. Ein Füllhorn der verschiedensten Arbeitsmöglichkeiten wird sich schon in den nächsten Wochen über Wiens arbeitsfreudige Bevölkerung ergiessen. Schlagartig soll die Arbeitsnot bekämpft werden. Vielfach werden Dinge nachgeholt werden, die unter der früheren Verwaltung unterblieben sind. Manch wertvolle ^{neue} Leistung ist darunter, bestimmt, für unsere Stadt dauernd eine werbende Schöpfung zu bilden. Für zwei Jahre wird hiedurch die Not an Arbeit in hohem Masse gemildert sein, wobei beabsichtigt ist, einen sehr grossen Teil aller Arbeiten unverzüglich zu beginnen.

Ueber 2,300.000 Arbeitsschichten zu je 8 Stunden bedeutet das Investitionsprogramm der Gemeinde allein, wozu noch die vom Bunde übernommenen Arbeiten hinzutreten. Die Fachleute schätzen, dass mindestens 70 Prozent dieser Arbeitsschichten auf neu einzustellende Arbeiter entfallen werden, so dass viele Tausende arbeitsloser Wiener in den Kreislauf der Wirtschaft eingeschaltet werden können.

Sprechen wir zunächst von den grössten Leistungen, die geeignet sein werden, Wien neue Sehenswürdigkeiten zu bieten, so ist vor allem der Bau der Höhenstrasse zu erwähnen, ein Liebelingsgedanke des Bürgermeisters Richard Schmitz, der hiemit, unterstützt vom Bundesminister ^{Karl} Stockinger, einen schon von Bürgermeister Dr. Lueger gefassten Gedanken zur Verwirklichung bringt.

Wie keine andere Stadt der Welt bietet Wien an den Abhängen der Gebirgszüge im Westen und Nordwesten Gelegenheit für die Anlage einer herrlichen Blickpunkte enthaltenden Aussichtsstrasse. Altberühmte historische Stätten werden von dieser Höhenstrasse berührt, die selbstverständlich in modernster Art für den Verkehr von Kraftwagen ausgestattet sein wird. Zugleich ergibt sich dadurch Gelegenheit, die Gipfelpunkte des Kahlen- und Leopoldsberges mit unserem ausgezeichneten Hochquellwasser und mit elektrischem Strom zu versorgen, wodurch wesentliche Voraussetzungen für die Errichtung neuer Niederlassung^{en} gegeben sind.

Die Höhenstrasse selbst verspricht ein Juwel zu werden. Wird sie doch die Gipfel des Leopoldsberges und Kahlenberges, den Sattel zwischen dem Latisberg und der "Wirtschaft Am Himmel" mit der Sieveringerstrasse und den Hängen des Dreimarksteines verbinden und Anschluss bieten

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II.

Wien, am.....

an die Artariastrasse und Amundsenstrasse, so dass man vom Leopoldsberg in angenehmer Fahrt bis in das Wiental wird gelangen können. Der Bau dieser Strasse wird in einer grösseren Anzahl von Losen erfolgen und dadurch einer ganzen Anzahl von Baugewerbetreibenden, aber auch der Steinindustrie, der Beton- und Asphaltindustrie Erwerbsmöglichkeiten bieten. Es ist klar, dass diese herrliche Aussichtsstrasse ihre werbende Kraft auch im Fremdenverkehr ausüben wird; so dass beispielsweise das Lohnfuhrwerk dauernd davon Nutzen haben wird.

Auch in der Trinkwasserversorgung unserer Stadt ergibt sich die Notwendigkeit zu Ausbauten. Der Wasserverbrauch ist durch die Verbesserung kultureller Einrichtungen in den Häusern (Badezimmer, Sturzklosette) in ununterbrochenem Ansteigen begriffen. Der Ausbau der Behälter hat damit nicht Schritt gehalten. Es wird also für vermehrte Behälterräume vorgesorgt werden, wodurch auch bessere Verhältnisse für die Vornahme von Reparaturen geschaffen werden. Auch ist darin ein Schritt zur Niederkämpfung der in Zeiten besonderer Trockenheit im Sommer immerhin drohenden Wassernot zu erblicken. Aber auch eine Verbesserung der Druckverhältnisse in verschiedenen höher gelegenen Stadtteilen wird sich dabei ergeben.

Eine besondere wertvolle Aktion ist darin zu erblicken, dass Bürgermeister Schmitz den Umbau von solchen im Privatbesitz befindlichen Althäusern fördern will, die verkehrsstörend wirken. Finden sich doch in den wichtigsten Radial- und Ausfallstrassen Wiens solche überalterte Gebäude, die weder die zulässige Bauhöhe ausnützen noch ihrer ganzen Anlage nach in derartige hochwertige Verkehrslagen passen. Durch ihren Umbau würde das Stadtbild gewinnen, der Verkehr erleichtert werden und es würden neue Werte auch für die Besitzer geschaffen werden. Für das Baugewerbe mit seinen zahllosen Verästelungen bedeutet aber gerade der Um- und Neubau von Häusern in hochwertiger Lage ein besonders erstrebenswertes Geschäft. Hierdurch werden ja auch ausser den reinen Bauhandwerken das Kunstgewerbe und dergleichen beschäftigt.

Bürgermeister Schmitz beabsichtigt ausserdem die Bildung eines Fonds, der die Herrichtung des privaten Althausbesitzes erleichtern soll.

Hat die frühere Gemeindeverwaltung den Bau der riesigen Mietkasernen ganz einseitig begünstigt, so ist es verständlich, wenn die neue Gemeindeverwaltung hier korrigierend wirken will und daran denkt, das mittelständische private Familienhaus auf eigenen Grund und Boden zu fördern; womöglich auch durch die Hingabe geeigneten städtischen Geländes. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass der Bürgermeister Schmitz noch als Bundeskommissär angeordnet hat, heuer 500 Häuser mit Gärten als Stadtrandsiedlung im 21. Bezirk zu errichten und mindestens ebensoviel im nächsten Jahre zu bauen, um so vielen Hunderten von Arbeitern und Arbeitslosen samt Frauen und Kindern ein gesundes Heim und einen wirtschaftlichen Rückhalt zu bieten. Auch der grossen Notstandsgartenaktion sei gedacht, die ihre Durchführung erst jetzt erfährt.

Für die Eisenindustrie bedeutet der in Aussicht genommene Umbau der Rotundenbrücke einen wertvollen Auftrag, wodurch zugleich der Verkehr in den Prater und zum Stadion von den Fesseln der heute bereits empfindlichen Unzulänglichkeit der alten Brücke befreit werden wird.

Die Metall verarbeitende Industrie, insbesondere die Autoindustrie, hat Aufträge zu gewärtigen aus der Bedarfsdeckung des städtischen Fuhrwerksbetriebes, wo für die Kehrrichtabfuhr eine Reihe von Nachschaffungen notwendig geworden sind und wo auf dem Gebiete der Kehrricht-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III.

Wien, am

ablagerung technische Umstellungen geplant sind, mit denen eine wesentliche Verminderung der Staub- und Fliegenplage einhergehen wird.

Die Heizungsindustrie wird es begrüßen, dass in einer Reihe von städtischen Schulen die Auswechslung veralteter Heizanlagen vorgenommen werden wird. Diese Arbeit wird Hand in Hand gehen mit der Einführung der elektrischen Beleuchtung dort, wo noch Gaslicht besteht.

Das Kleingewerbe kann auf ganz besondere Alimentierung hoffen durch die beabsichtigte weitgehende Aufholung zurückgebliebener Instandsetzungsarbeiten in den Amts- und Schulhäusern, die für das laufende Jahr im Umfange von zwei Millionen Schilling vorgenommen werden sollen.

Zahlreiche Aufträge werden im heurigen und kommenden Jahre für die Strassenbaufirmen anfallen, da die neuzeitliche Befestigung und Reparatur einer ganzen Reihe von wichtigen Strassenzügen geplant ist. Im heurigen Jahr und im nächsten sind für diesen Zweck je acht Millionen Schilling in Aussicht genommen; ein Betrag, für den selbst im Strassenbau schon Erhebliches geleistet werden kann, ohne dass aber damit alle Rückständigkeiten aus der Zeit früherer Versäumnisse wett gemacht werden könnten.

Von den beiden von der Bundesverwaltung auf Wiener Boden in Aussicht genommenen Leistungen, deren eine der Ausbau eines wichtigen Abschnittes der Höhenstrasse ist, verdient insbesondere auch der zweite Teil der Hervorhebung: "Die Wientalstrasse". Da die Einfahrt nach Wien aus dem Wientale über die Linzerstrasse durch verschiedene Engpässe erschwert ist, wird daran gedacht, eine von solchen Hemmnissen freie, unabhängige Einfahrt entlang der Tiergartenmauer, beginnend beim Auhof und dem Verlaufe des Wienflusses bis zur Hietzingerbrücke folgend, zu schaffen. Hierdurch würden verschiedene bereits bestehende Strassenzüge verbessert und endgültig befestigt werden. Der Fremde aber, der auf dieser Auto-Einfahrtsstrasse, der wir den treffenden Namen Wientalstrasse geben dürfen, künftig in Wien seinen Einzug hält, fährt zuerst durch das schöne Hacking und die übrigen gartenreichen Teile des 13. Bezirkes bis zur Hietzinger Brücke, um an Schönbrunn und dem Technischen Museum vorbei in die Mariahilferstrasse einzubiegen, eine Einfahrt, so reizvoll, wie sie kaum eine andere Millionenstadt besitzt.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass durch diese Arbeitsbeschaffung für alle Arten von Gewerben in Wien im heurigen und kommenden Jahre ein starker Impuls ausgeübt werden wird, da ja die indirekte Auswirkung aller dieser Arbeiten auf zahlreiche andere Berufszweige stattfindet. Schon das äussere Bild unserer Stadt wird den Anblick frischen Lebens bieten.

.....
Aviso für die Kollegen Kommunalberichterstatter!

Gemeinsame Fahrt zur Feier des ersten Spatenstiches zum Bau der Höhenstrasse. Zusammenkunft und Abfahrt pünktlich 14 Uhr Rathauseingang Lichtenfelsgasse, wo die Kollegen von Redakteur Friedrich erwartet werden. Rückkehr von der Feier wieder im Autobus zum Rathaus.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Ausgabe

Wien, am.....

Das Sofortprogramm dringender Finanzreformen und Investitionen der Stadt Wien.

In der zweiten Sitzung der Wiener Bürgerschaft berichtete Bürgermeister Richard Schmitz in einer mehr als zweieinhalbstündigen Rede über das Sofortprogramm dringender Finanzreformen und Investitionen der Stadt Wien.

In seiner Rede führte der Bürgermeister aus: Es ist jetzt ungefähr ein Vierteljahr^{her}, dass das Vertrauen des Herrn Bundeskanzlers und der Wille der Bundesregierung mich als Bundeskommissär in das Wiener Rathaus entsendet haben. Dieser Beschluss erfolgte am Abend des 12. Februar, als die Kämpfe zur Niederwerfung des revolutionären Aufstandes des Schutzbundes in stärkster Entwicklung waren; am Tag darauf habe ich meinen Einzug als Bundeskommissär in dieses Haus gehalten. Die Situation, in der ich die Gemeindeverwaltung gefunden habe, war so, dass es immerhin des Zusammenwirkens aller patriotischen Kräfte innerhalb der Verwaltung der Stadt bedurfte, um Wien und mit ihm die über die Grenzen der Stadt hinausreichenden allgemeinen Interessen vor Erschütterungen zu bewahren. Ich darf heute sagen, dass diese Aufgabe in verhältnismässig kurzer Zeit gelungen ist. Ich erkenne gerne an, dass sich der weitausgrösste Teil der Beamten, Lehrer, Bediensteten und Arbeiter der Stadt Wien in williger Unterordnung unter die neugesetzte Autorität und in guter Disziplin meinen Anordnungen gefügt und sich nach kurzer Zeit auch mit einer wachsenden Freudigkeit an der Mitarbeit beteiligt hat. (Beifall).

Bei der Besprechung der Personalpolitik betonte der Bürgermeister, dass er es als seine selbstverständliche Pflicht betrachtet, jeden Versuch, Nester und Zellen umstürzlerischer Tendenzen zu bilden, mit Energie und Zähigkeit zu unterdrücken, dass er aber darüber hinaus nicht an eine allgemeine Verfolgungsaktion denke. Ich unterscheide, sagte der Bürgermeister, wie die politische Haltung der in Betracht kommenden Angestellten der Stadt Wien zu beurteilen ist, jene Angestellten, die aus Angst um die Existenz, dem Druck gehorchend, organisiert waren, ohne besonders hervortreten, haben nichts zu befürchten. Die Gruppen aber, die Jahre und Jahrzehnte hindurch mitgeholfen haben, die vaterländisch und christlich-gesinnten Angestellten der Stadt zu bedrängen, können nicht das volle Vertrauen des neuen Regimes beanspruchen. Diese Grundsätze der Personalpolitik haben sich im Grossen und Ganzen praktisch bewährt. Das absolute Erfordernis dafür ist neben der selbstverständlichen dienstlichen Eignung und Disziplin die einwandfreie vaterländische Haltung im dienstlichen und privaten Leben. Das ist ein Grundsatz, der schon vor dem Kriege gegolten hat und der wohl auch der einzige richtige ist. (Beifall).

Dem Bürgermeister von Wien unterstehen mehr als 51.000 Beamte, Lehrer, Angestellte und Arbeiter. Die Stadt Wien ist also, abgesehen von den Bundesbahnen, der grösste unmittelbare Dienstgeber. Es ist daher begreiflich, dass die erste Sorge, die ich zu tragen hatte, der Personalpolitik gelten und dass vor allem hier eine Umstellung erfolgen musste. Die Verwaltungsorganisation des früheren Regimes hatte sich dadurch charakterisiert, dass der Bürgermeister eine mehr repräsentative Figur war und dass die wirkliche Regierungsgewalt im Wiener Rathaus in die Hand von amtsführenden Stadträten gelogt war. Dieses System war falsch und ich habe daher bei der Einrichtung der neuen Verwaltung keine amtsführenden Stadträte bestellt und ich denke auch nicht daran, das zu tun; ich habe erfahrene und vertrauenswürdige hohe Beamte mit der vorläufigen Leitung

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Ausgabe.

Wien, am.....

der bisherigen Verwaltungsgrippen betraut. Die Geschäftseinteilung des Magistrates wird nach dem Inkrafttreten der neuen Bundesverfassung und insbesondere dann, wenn Wien bundesunmittelbare Stadt geworden ist, einer genauen Ueberprüfung bedürfen, da sich viele Aenderungen in der staatsrechtlichen und verwaltungsrechtlichen Stellung Wiens dann ergeben werden.

Schon sehr früh musste ich mich auch mit den Fragen beschäftigen, welche Reformen auf dem Gebiete unseres Finanzwesens notwendig sind und vor allem welche davon schon jetzt möglich sind. Ich musste mit Besorgnis sehen, dass meine Beobachtung, dass gewisse lebenswichtige Teile der städtischen Verwaltung durch das frühere Regime vernachlässigt wurden, von der Wirklichkeit noch überholt worden ist. So kam ich sehr früh dazu, ein Investitionsprogramm zu entwerfen, das in seinen Grundzügen bereits im Februar dieses Jahres entstanden und allmählich überprüft und ausgebaut worden ist. So waren die Wochen und Monate seit meinem Einzug in das Wiener Rathaus von einer wahrhaft Tag und Nacht in Anspruch nehmenden Tätigkeit ausgefüllt und ich fühle mich gedrängt, jenen Beamten des Hauses, die in diesen drei Monaten mit mir Tag und Nacht zusammengearbeitet haben, von dieser Stelle aus meinen Dank und meine Anerkennung auszusprechen. (Lebhafter Beifall).

Wiens

Die Besonderheit der Aufgaben, vor die die neue Führung/gestellt ist, erhellt aus dem Charakter der Stadt. Wien ist eine Heimstätte blühender in der Welt angesehener Wissenschaft und Kunst, Wien ist ein Zentrum der Industrie, des Gewerbe- und Handelsfleisses und des Kreditwesens, dass sich weit und breit keine andere Stadt mit ihr vergleichen kann. Die Wiener Grenzen umschliessen auch 8000 Familien, die der Landwirtschaft angehören, eine Tatsache, die vielleicht wenigen bisher klar vor das Bewusstsein getreten ist. Wien ist aber auch der Sitz der Bundesregierung, der höchsten Behörden und der höchsten Gerichte. Die Stadt hat daher Aufgaben zu erfüllen, die sich aus dieser besonderen Stellung ergeben. Wien ist ferner eine Stadt eigenen Ranges, eine Stadt eigener Art und seinem Charakter nach eine christliche, eine deutsche Stadt. Diesen Charakter zu wahren und zu verteidigen, jabe ich bei meiner Ernennung zum Bürgermeister und die Wiener Bürgerschaft bei der feierlichen Einführungssitzung gelobt. Die Minderheiten unserer Stadt können überzeugt sein, dass wir eben deshalb, weil wir des christlichen und deutschen Charakters unserer Stadt so sicher sind, in der Achtung der Rechte und Wünsche der Minderheiten umso freimütiger und grosszügiger sein können. (Lobhafter Beifall).

Da nun Wien ein so grosses Wirtschaftszentrum ist, ist es zugleich eine grosse Arbeiterstadt, und es wäre verfehlt, an diesem Zug im Antlitze Wiens vorbeizugehen. Dieser Charakter unserer Vaterstadt ist in den letzten anderthalb Jahrzehnten wiederholt hervorgetreten, und zwar in einer Weise, die wir heute und vielleicht noch lange zu beklagen haben werden. Man hat geglaubt, die Masse der Arbeiter und Angestellten in einer Klassenfront versammeln zu können, und hat darauf gestützt, in diesem Haus eine einseitige Tyrannei aufgerichtet. Dieses Herrschaftssystem war falsch und musste früher oder später zusammenstürzen. Richtig ist aber, dass sich die Verwaltung Wiens immer vor Augen halten muss welche grosse kulturelle, soziale und politische Bedeutung der Tatsache zukommt, dass ein grosser Teil der Bevölkerung dem Arbeiter- und Angestelltenstand angehört. Die Führung Wiens muss eine arbeiterfreundliche sein, sie muss sich bemühen, die gerechtfertigten Bedürfnisse der Arbeiterschaft im Rahmen des möglichen zu befriedigen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

III .

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am.....

Der Bürgermeister berichtet sodann über die Einsetzung eines Volksbildungsreferenten von Wien und über die Schaffung des Arbeitsamtes der Stadt Wien und bemerkt dabei, dass es durch die Schaffung des Arbeitsamtes möglich war, von 4500 Schutzkorpsmännern, die sich mit ihrem Einstellungsschein beim Arbeitsamt gemeldet hatten, bereits viel mehr als 3000 einzustellen.

Bei der Besprechung der Finanzlage Metonte der Bürgermeister, dass, abgesehen von den autoamtischen Wirkungen der Wirtschaftskrise auf **Einnahmen** und Ausgaben, durch bundesgesetzliche Eingriffe eine Verschlechterung der städtischen Finanzen um den gewaltigen Betrag von 91 Millionen Schilling eingetreten sei. So komme es, dass der richtiggestellte Voranschlag 1934 trotz neuerlicher Ueberprüfungen und Einsparungen mit einem Abgang von 45 Millionen Schilling rechnen müsse. Dieser Abgang werde durch den zweiten und letzten Lastenbeitrag eine Verpflichtung, die mit 31. Dezember dieses Jahres befristet ist, der Stadt Wien zugunsten des Bundes, im Betrage von nicht weniger als 36 Millionen Schilling durch die heuer fällige Nachzahlung von Verpflegungsgebühren an den Bund im Betrage von 3 Millionen Schilling und schliesslich durch die unvermeidlichen Kosten der Fertigstellung früher begonnener Wohnhausbauten hervorgerufen. Es sind also von allem einmalige Ausgaben, welche das **Defizit hervorrufen**. Natürlich habe der Bürgermeister nicht die Absicht, die Wohnbautätigkeit in der bisherigen Art fortzusetzen. Die Verpflichtung der Stadt Wien zur Zahlung des Lastenausgleiches von 36 Millionen Schilling ist rechtskräftig. Ich halte dafür, dass die Bundeshauptstadt der Bundesregierung die Unterstützung in diesem Augenblick nicht verweigern, sondern sich bemühen soll, über das Defizit im Haushaltsplan im Interesse des Bundes und der Stadt hinwegzukommen. Für die Zukunft muss ich freilich mit Nachdruck betonen, dass es unmöglich wäre, einen so grossen Haushalt mit so komplizierten und kostspieligen Aufgaben in Ordnung zu bringen und im Gleichgewicht zu erhalten, die berechtigten Wünsche der Arbeitslosen, der wirtschaftlichen und kulturellen Kreise auch nur einigermaßen in bescheidenem Umfange zu berücksichtigen, wenn die Methode der einseitigen Eingriffe in das Wiener Finanzwesen weiter fortgesetzt werden würde. (Lebhafte Zustimmung). Das ist ein dringender Wunsch, der der Zukunft gilt und den heute auszusprechen, ich mich für verpflichtet halte. Ich gehe in die bereits öffentlich angekündigten Finanzverfassungs- und Finanzausgleichsverhandlungen mit der festen Zuversicht, dass Wien zugestanden erhalten werden wird, was es unbedingt braucht. Um über die Schwierigkeiten der Stadt Wien im heurigen Jahr hinwegzukommen, ist eine ausserordentliche Massnahme notwendig, die in der Aufnahme eines Ueberbrückungskredites besteht. Es soll dies ein kurzfristiger Kredit mit Schatzscheinen sein, wahrscheinlich mit fünfjähriger Laufzeit. Da kurzfristige Kredite nach meinen finanziellen Grundsätzen auch kurzfristig zu tilgen sind, soll mit der Tilgung bereits im nächsten Jahr begonnen werden.

So beengt die Situation gegenwärtig ist, so darf dies uns doch nicht hindern, den Reformwünschen, die die Wirtschaft hinsichtlich des bisherigen Steuerwesens der Stadt geäussert hat, mit energischem Willen nach möglichster Stattgebung näher zu treten. Alle Verwaltungszweige der Stadt Wien haben ihre eigenen Einnahmen in Form von Gebühren und dergleichen, die gewiss von beträchtlicher Bedeutung sind, Trotzdem sind in den Einnahmen der Stadt Wien die eigenen Abgaben die stärkste Säule, die zweitstärkste sind die Anteile, die der Stadt Wien an den mit dem Bund gemeinsamen Abgaben zustehen, die in Wien eingehoben werden. Ich will nicht das schwierige Kapitel des Finanzausgleiches in die Erörterung hereinziehen, sondern nur kurz bemerken, dass ich das heute geltend höchst komplizierte System, das sich aus den politischen Verhältnissen der Vergangenheit mit seinem Zwang zu Kompromissen, Umwegen und Auswegen erklärt, nicht für lebens- und erhaltungswürdig betrachte. Wir müssen zu einfacheren Grundsätzen des Finanzausgleiches zwischen Wien und Bund gelangen, natürlich in dem Sinne, dass Wien erhält, was es braucht und was ihm zweifellos als grösster Steuerträger Oesterreichs gebührt. (Zustimmung).

Fortsetzung folgt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV.

Wien, am

Die wichtigsten Stützen unseres finanziellen Rückgrates, dabei auch die empfindlichsten und zugleich die umstrittensten sind: Wohnsteuer und die Fürsorgeabgabe. Die Wohnsteuer ist längst nicht mehr das, was ihr Name sagt. Sie wurde als Zwecksteuer eingeführt, um die Wohnbauten zu finanzieren, das ist aber nicht ganz richtig. Die Wohnsteuer in ihrer Veranlagung und in ihrem Aufbau ist in den letzten Jahren zu einer drückenden Last geworden und es muss daher nicht nur eine formelle, sondern auch eine sachliche Wendung eintreten. Die Fürsorgeabgabe hat von Haus aus einen falschen, irreführenden Titel. Sie ist keine "Fürsorge-Abgabe" sondern eine Besteuerung der Lohnsumme. Mit Rücksicht darauf, dass die Fürsorgeabgabe nicht nur für Wien, sondern für alle Länder und Gemeinden von grösster Bedeutung ist, kann eine Regelung nur im Einvernehmen und im Zusammenwirken aller dieser beteiligten Gebietskörperschaften gefunden werden. Das soll uns aber nicht hindern, in der Pauschalierung der Fürsorge-Abgabe eine Erleichterung zu schaffen. Bei der Lustbarkeitsabgabe soll die Einrichtung der Steuerkarte nun an Stelle der bisherigen Bemessung auf Grund des kontrollierten Konsums allgemeiner durchgeführt werden. Bei der Wertzuwachsabgabe soll der langgehegte Wunsch nach Befreiung der gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaften erfüllt werden. Bei der Ankündigungs-Abgabe wird der Kreis der Befreiungen erweitert. Die Nahrungs- und Genussmittelabgabe, die Hauspersonal-Abgabe und die Pferde-Abgabe werden auf die Dauer dieses Finanzreformplanes überhaupt nicht eingehoben. Diese Steuerreformen bedeuten für die Stadt Wien einen Entgang von 9 Millionen Schilling.

Die Stadt Wien kann aber diese 9 Millionen Schilling nicht entbehren. Wenn hier, wo die Wirtschaft geschädigt und bedrückt worden ist, Abhilfe geschaffen wird, so müssen wir anderswo einen Ersatz suchen, wo die Belastung leichter ertragen werden kann.

In keiner Stadt der Welt wird das Trinkwasser gebührenfrei abgegeben. Wien, das das beste Trinkwasser hat, hat bisher 35 Liter, den Mietern in den städtischen Häusern sogar 45 Liter Freiwasser gegeben. Das Ausmass des Wassers, das jemand verbraucht, ist in seine Hand gegeben. Wenn daher die Freiwassermenge nun auf 20 Liter und vom ersten Verrechnungsquartal des Jahres 1935 an auf täglich 15 Liter herabgesetzt wird, so liegt darin keine Unbilligkeit und Härte, denn jeder hat es in der Hand, das Mass zu bestimmen, in dem er diese Abgabe zahlen wird. Die Verringerung der Freiwassermenge soll zwei Millionen Schilling einbringen. Ausserdem soll für die Betreuung der Wassermesser, die bisher gratis erfolgte, die bereits in Friedenszeiten bestandene Gebühr wieder aufleben. Das ergibt eine Million Schilling. Es fehlen also für das heurige Jahr noch 6 Millionen Schilling. Sie sollen dadurch heringebbracht werden, dass für die Kehrlichtabfuhr nach dem Colonia-System eine Gebühr eingehoben wird, die der Einfachheit halber in Form eines Zuschlages zur Mietaufwandsteuer bemessen und eingehoben werden soll. Es handelt sich hier nicht um eine neue Steuer im üblichen Sinne, sondern die Stadt Wien verlangt bloss eine geringe Entschädigung für eine Leistung die sie erbringt. Bei alledem ist noch kein Groschen für die Belohnung des Arbeitsmarktes, für die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten und Verdienstmöglichkeiten der Wiener Wirtschaft übrig. Diese Massregeln reichen nur aus, um das Gleichgewicht im Verein mit dem Ueberbrückungskredit herzustellen.

Bei der Besprechung der wirtschaftlichen Lage in Wien bemerkt der Bürgermeister, dass sie durch bestimmte statistisch erfassbare Zahlen ohne-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V.

Wien, am.....

weiteres zu kennzeichnen ist. In diesen Zahlen ist aber nicht enthalten, was der öffentlichen Fürsorge nicht unterzogen wird, nämlich die zugrundegegangenen Mittelständler, die keinen Anspruch auf die Arbeitslosenfürsorge haben. Ihre Zahl ist leider in Wien sehr gross. Der Bürgermeister gibt nun einen Ueberblick über die Arbeitslosenbewegung in Wien und stellt fest, dass die Steigerung der Zahl der Arbeitslosen vom Jahre 1929 an bis 31. März 1933 in Wien um 22 Prozent höher war, als ausserhalb Wiens in ganz Oesterreich. Nach dem 31. März 1933 setzte die Arbeitsbeschaffungsaktion der Bundesregierung ein. Infolgedessen sank die Arbeitslosenzahl im ganzen Bundesgebiet um 33.280, davon in Wien aber nur um 2.156. Eine Folge der ungewöhnlichen abnormalen Arbeitslosigkeit in Wien ist ein erschreckender Rückgang des Lohneinkommens. Im Jahre 1929 betrug das Lohneinkommen mit Ausnahme derjenigen, die nicht der Fürsorgeabgabe unterliegen, in Wien 1.925 Millionen Schilling; für das Jahr 1934 ist nach den bisherigen Ansätzen nur mehr mit 1.116 Millionen Schilling zu rechnen. Dabei ist nicht berücksichtigt, dass zum Beispiel bei den öffentlichen Angestellten Gehaltsverringerungen vorgenommen werden mussten. Diese Gehaltsverringere^{en} betragen bei der Stadt und ihren Unternehmungen rund 45 Millionen Schilling. Das ist auch ein Hinweis darauf, dass der Ausweg von Gehaltskürzungen nicht mehr gangbar ist. Die Fürsorgekosten haben in den letzten Jahren eine sprunghafte Entwicklung genommen, so dass in letzter Zeit Erparungsmassnahmen unausbleiblich wurden.

Angesichts dieser Lage der Wirtschaft in Wien gibt es nur einen Ausweg und der ist: Arbeit und Verdienstgelegenheit zu schaffen (Beifall). Wenn wir untersuchen, was bisher an Investitionen von seiten der Stadt geleistet worden ist, wobei ich unter Investitionen wertvermehrende Ausgaben und Anschaffungen verstehe, nicht aber reine Konsumausgaben, so sehen wir, dass in den Jahren 1923 bis einschliesslich 1933 1.054.411.080 Schilling für solche Investitionen verausgabt worden sind, davon 878 Millionen ausschliesslich für Wohnhausbauten und Grundankäufe. Hier ist also eine allzuseitige Festlegung der verfügbaren Investitionsgelder erfolgt. Dem entspricht eine Verkrüppelung der anderen Gebiete der Wirtschaft und es zeigt sich nun, dass diese einseitige Verwendung der Steuergelder den jehen Verfall der Wiener Wirtschaft mit herbeigeführt hat.

Die Schlussfolgerungen aus all dem sind folgende: Erstens ist eine leichtfertige Ausgabenwirtschaft ganz und gar unmöglich; zweitens muss es Hauptaufgabe der Stadt sein, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und Verdienstmöglichkeiten zu schaffen; drittens ist die Eigenregie der städtischen Verwaltung auf das unvermeidliche und nützliche Ausmass zu beschränken; viertens sollen der Wirtschaft im Steuerwesen die erwähnten Erleichterungen geboten werden und fünftens müssen die unbedingt erforderlichen und fast schon unaufschiebbaren Investitionen mit Hilfe einer auf lange Frist berechneten Anleihe finanziert werden.

Wenn ich mich nun zu fragen habe, welche Arbeiten für ein Investitionsprogramm im gegenwärtigen Augenblick vor allem in Betracht kommen, so muss ich von der Beobachtung ausgehen, welche Teile der städtischen Verwaltung von der früheren Herrschaft hier im Hause besonders gröhlich vernachlässigt worden sind. Wie schon angedeutet, entspricht der übermässigen Einseitigkeit in der Zuwendung von Mitteln für den Massenwohnhausbau andererseits begreiflicherweise eine Vernachlässigung anderer lebenswichtiger Teile der Verwaltung. Darunter sind Vernachlässigungen, die zum Schaden und zur Gefahr erfolgt sind. Ich will nicht darauf zu sprechen kommen, dass diese Einseitigkeit in der Verwendung der Mittel für Wohnhausbauten nicht nur aus wohnungspolitischen und wohnungsreformatorischen Erwägungen

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am.....

VI.

zu erläutern ist, sondern dass wohl auch eine andere Denkungsweise dabei eine Rolle gespielt hat. Man kann nicht alle Versäumnisse, die in so vielen Jahren begangen wurden, nun auf einmal in so schwierigen Zeit nachholen, sondern man muss trachten, das aufzuholen, was das Dringendste ist.

Die Wiener Strassen sind lange Zeit hindurch vernachlässigt worden. Dabei gerade ^{ist} während dieser Zeit das Automobilwesen je in die Höhe geschwungen und damit ist die Abnutzung der Strassendecke und des Strassenbaues wesentlich anders geworden als früher. Das Strassenbausystem, das sich vor dem Kriege prachtvoll bewährt hat, muss heute versagen. Es ist daher notwendig, dass die Stadtverwaltung dem Strassenwesen in Wien bei Er-

stellung eines Investitionsprogrammes besondere Aufmerksamkeit zuwendet. Das gilt vor allem für die Ausfüllung der Lücken im Strassensystem unserer Stadt.

Der Bürgermeister erläutert nun den Bau der Höhenstrasse. Sie wird in zwei Abschnitten geführt, ausgehend von der heutigen Cobenzlstrasse. Der eine Abschnitt beginnt unmittelbar oberhalb des Volksrestaurants Krapfenwaldl und führt auf den Leopoldsberg. Der andere Teil zweigt von der Cobenzlstrasse etwa zwischen Schloss Cobenzl und der Himmelstrasse ab und führt über die Artariastrasse gegen Dornbach, das eine sehr gute Verbindung mit Hütteldorf hat. Wenn die beiden Abschnitte gebaut sind, besteht in Wien eine Höhenstrasse von Hütteldorf bis zum Leopoldsberg. Die weiteren Ausführungen des Bürgermeisters beschäftigen sich mit dem Bau der Autoeinfahrtstrasse und mit der Erneuerung und Verbesserung von rund 100 Strassenzügen in allen Bezirken. Für diese Instandsetzungen sind im Investitionsprogramm 17 Millionen S vorgesehen. Für den Umbau der Rotundenbrücke sind 5 Millionen S vorgesehen. Der Umbau ist eine dringende Notwendigkeit, da die Brücke längst nicht mehr den Anforderungen genügt. Dann bespricht der Bürgermeister die Assanierungsbauten und die Förderung der Instandsetzung von Althäusern, die Förderung des Baues von Familienhäusern, die Aufholung rückständiger Verhältnisse in Amts- und Schulhäusern, die Auswechslung von alten Heizanlagen in Schulen, die Schaffung neuer Behälterräume der Hochquellenleitung und die Durchführung der Ausgestaltungen am Rohrnetz und schliesslich die Investitionen auf dem Gebiete der Kehrrichteinsammlung und Kehrrichtbeseitigung. Das Gesamterfordernis aller dieser Investitionen beträgt 60 Millionen S von denen im laufenden Jahr voraussichtlich 28 1/2 Millionen S zur Verwendung kommen sollen.

Der Bürgermeister legt der Wiener Bürgerschaft folgende Anträge zur Beschlussfassung vor: Die Feststellung des richtiggestellten Abganges im Haushalt der Stadt Wien in der Höhe von 45 Millionen S und die Deckung dieses Abganges durch einen Ueberbrückungskredit.

Die Aenderung der Steuergesetze und des Gesetzes betreffend die Versorgung der Stadt Wien mit Trink- und Nutzwasser sowie die beabsichtigte Nichterhebung der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe, der Pferde- und der Hauspersonalabgabe.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am.....

VII.

Die Bürgerschaft genehmigt das ausserordentliche Investitionsprogramm mit einem Gesamtbetrag von 60 Millionen S.

Der Bürgermeister schloss seine Rede mit den Worten: Am Freitag begaben wir den ersten Spatenstich zum Bau der Wiener Höhenstrasse. Ich habe, als ich von diesem schönen Werk sprach, an den grössten Bürgermeister, den Wien in der Neuzeit besessen hat, an Dr. Karl Lueger erinnert, zu dessen Lieblingsideen die Wiener Höhenstrasse zählte. Wie immer wir im Einzelnen über das oder jenes in der Vergangenheit denken mögen, darin werden wir wohl alle ohne Unterschied übereinstimmen, dass die Gestalt Dr. Luegers sozusagen das Zielzeichen, das Orientierungszeichen ist, nach dem wir ausblicken. Und darum beschwöre ich diese grosse Gestalt aus jüngster Vergangenheit heute in dieser ersten Geschäftssitzung der neuen Stadtvertretung, um Sie alle zu bitten, sich mit mir an dieser historischen Persönlichkeit ein Vorbild zu nehmen. So wie Lueger wollen auch wir Wien lieben aus ganzem Herzen und dieser Stadt dienen, die 15 Jahre schwerer Zeit hinter sich hat, der Stadt und ihrem liebenswerten Volk helfen und ihr eine Erleichterung der Gegenwart und eine schöne Zukunft bringen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall).

Vizebürgermeister Major Lahr leitete die Abstimmung. Die Anträge wurden einstimmig angenommen und dem Haushaltsausschuss zugewiesen, ebenso die Vorlage über die Festsetzung der Gebühren für die Teilnahme an den Sitzungen.

Sodann dankte Rat der Stadt Wien Langer dem Bürgermeister für die umfangreiche Berichterstattung. Bürgermeister Schmitz, sagte Rat Langer, hat gesprochen als ob er schon zwanzig Jahre Bürgermeister für Wien wäre.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft und Vizebürgermeister Lahr schliesst die Sitzung.

.....